

GESCHICHTE DER GRÜNEN IN DER SCHWEIZ

INHALTSVERZEICHNIS

1	Geschichte der Grünen in der Schweiz.....	3
1.1	Entstehung und Gründung.....	3
1.2	Die Konsolidierung der Grünen Partei der Schweiz	4
1.3	Wechselhafte Jahre zwischen 1991 und 1995.....	5
1.4	Die Entwicklung der Schweizer Grünen 1996 - 2003	6
1.5	2003 - 2011: Die Grünen auf Erfolgskurs.....	7
1.6	2011 - 2018: Drei Volksinitiativen und die erste grüne Nationalratspräsidentin	7
1.7	2019: Das Klimawahljahr	9
1.8	Gestärkt und neu aufgestellt in die Legislatur 2019-2023.....	11
1.9	Seit 2020: Corona-Politik	12
2	Geschichte der Grünen im Parlament.....	22
2.1	Wahlen und Fraktionsbildung	22
3	Kantonalparteien der Grünen.....	23
3.1	Mitglieder.....	23
4	Grüne Persönlichkeiten.....	25
4.1	Präsident*innen der Grünen Partei Schweiz	25
4.2	Vize-Präsident*innen der Grünen Partei Schweiz	25
4.3	Präsident*innen der Grünen Fraktion.....	27
4.4	Vize-Präsident*innen der Grünen Fraktion.....	27
4.5	Generalsekretär*innen der Grünen Partei Schweiz.....	28
4.6	Mitglieder der Grünen Fraktion	29
4.6.1	Im Ständerat.....	29
4.6.2	Im Nationalrat	29
4.7	Ehemalige Ständeräte	31
4.8	Ehemalige Nationalrät*innen	31
4.9	Grüne Exekutivmitglieder.....	32
4.9.1	Grüne in kantonalen Exekutiven	32

IMPRESSUM

GRÜNE Schweiz
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

www.gruene.ch

Tel. 031 326 66 00
gruene@gruene.ch
PC 80-26747-3

Aktualisierung: Januar 2021

Quellenangabe: Diese Zusammenstellung stützt sich, für die Zeit bis 2007, stark auf Werner Seitz, «'Melonengrüne' und 'Gurkengrüne'. Die Geschichte der Grünen in der Schweiz», in Matthias Baer, Werner Seitz (Hrsg.), *Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis*. Rüegger Verlag, Zürich/Chur 2008, S. 15–37.

1 GESCHICHTE DER GRÜNEN IN DER SCHWEIZ

1.1 ENTSTEHUNG UND GRÜNDUNG

Am Anfang der Geschichte der Grünen Partei der Schweiz steht eine Autobahn. Die Neuenburger Gemeindebehörden hatten Ende der 1960er Jahre beschlossen, dass die N5 dem Seeufer entlang durch das Stadtgebiet verlaufen sollte. Alle Parteien von links bis rechts unterstützten das Projekt, doch eine Bürger*innengruppe lancierte eine Petition gegen den geplanten Autobahnbau und sammelte in drei Monaten 5'000 Unterschriften. Da aber die politischen Institutionen der Stadt am Projekt festhielten und keine Möglichkeit zu einem Referendum bestand, gelangten die Autobahngegner*innen zur Überzeugung, dass sie nur über eine Vertretung in den Gemeindebehörden zum Erfolg gelangen konnten. So wurde im Dezember 1971 die *Mouvement populaire pour l'environnement (MPE)* gegründet, die aus Freisinnigen, Liberalen und Sozialdemokrat*innen bestand, die aus Unzufriedenheit über das Autobahnprojekt aus ihren Parteien ausgetreten waren. Im Mai 1972 beteiligte sich die MPE mit einer 16-köpfigen Liste an den Gemeindewahlen. Die MPE gewann auf Anhieb acht von 41 Sitzen im Gemeindeparlament und wurde hinter den Sozialdemokrat*innen und Freisinnigen drittstärkste Partei der Stadt Neuenburg.

Der Wahlerfolg in Neuenburg erregte in der ganzen Westschweiz grosses Aufsehen. Bereits für die Gemeindewahlen vom November 1973 präsentierte sich in der Waadt eine ähnliche Organisation. Die *Mouvement populaire pour l'environnement vaudois (MPE)* eroberte in Lausanne 5,6% der Stimmen und fünf Sitze im Gemeindeparlament. In den Vorortgemeinden kamen weitere 15 Sitze hinzu. Die Nachfolgeorganisation der MPE, die *Groupement pour la protection de l'environnement (GPE)*, hielt 1977 Einzug in die Lausanner Stadtexekutive. Doch viel mehr Furore machten die Waadtländer Grünen zwei Jahre später, als sie bei den Nationalratswahlen 6,4% erreichten und mit Daniel Brélaz den ersten grünen Abgeordneten nach Bern schicken konnten.

Auch in der Deutschschweiz wurden in vielen Kantonen ab Ende der 70er Jahre grüne Parteien und Gruppierungen gegründet. Am erfolgreichsten waren dabei die *Grüne Partei Kanton Zürich* und die *Freie Liste Bern*, welche schon 1983 ein Nationalratsmandat eroberten. Die Freie Liste Bern schaffte 1986 sogar den Einzug zweier Kandidat*innen in den Berner Regierungsrat.

Anfang der 80er Jahre existierten bereits in den meisten Kantonen grüne Parteien, doch fehlte eine nationale Dachorganisation. Ende 1982 wagten Vertreter*innen der *Demokratischen Alternative Bern (DA!)* im Hinblick auf die Nationalratswahlen 1983 den Versuch, eine Vielzahl von grünen Parteien, Bewegungen und Gruppierungen in einer nationalen Koordination zu einigen. Sie luden alle interessierten Kreise zu einer Diskussion über die Idee einer nationalen Allianz nach Bern ein. Die Verhandlungen begannen am 15. Januar 1983 und brachten vorübergehend ein vielfältiges Spektrum von ökologischen Gruppierungen an einen Tisch.

Die Beratungen scheiterten aber am 7. Mai an Differenzen zwischen gemässigten und linksalternativen Gruppen. Diese Differenzen zeigten sich insbesondere in der Armeefrage. Die Vertreter*innen der gemässigten grünen Parteien von Genf und Zürich sowie der GPE

Waadt und der MPE Neuenburg verliessen die Verhandlungen und gründeten zusammen mit der Grünen Partei Nordwestschweiz am 28. Mai 1983 in Freiburg die *Föderation der grünen Parteien der Schweiz (GPS)*. Zwei Wochen später gründeten auch die links-alternativen Grünen ihre Föderation unter dem Namen *Grüne Alternative Schweiz (GRAS)*.

Die grüne Föderation erreichte bei den Nationalratswahlen vom 23. Oktober 1983 1,7% der Stimmen und drei Sitze. Später kam nach dem Beitritt der Freien Liste Bern ein vierter hinzu. Die Grüne Alternative hingegen ging bei den Wahlen mit 0,8% leer aus. Im Jahr 1985 wählte die Föderation der Grünen Parteien der Schweiz als erste Gesamtschweizer Partei mit Monica Zingg eine Frau zu ihrer Präsidentin.

1.2 DIE KONSOLIDIERUNG DER GRÜNEN PARTEI DER SCHWEIZ

In der Folge erlebte die «Föderation der grünen Parteien der Schweiz» einerseits Erweiterungen um neue Mitgliedgruppen und andererseits eine organisatorische Verfestigung. So kamen bis zu den Wahlen 1987 zu den fünf Gründungssektionen weitere vier kantonale Parteien hinzu: drei neugegründete (*Grüne Partei Thurgau*, *Freie Liste Bern* und *Movimento ecologista ticinese*) sowie die *Demokratische Alternative Bern*, die von der Grünen Alternative zur Föderation übertrat. Ihre organisatorische Konsolidierung zeigte die Föderation 1986 durch die Änderung des Namens in *Grüne Partei der Schweiz (GPS)* an. Die Wahlen 1987 standen im Zeichen der Erweiterung der Partei und im Kontext zweier Katastrophen von 1986: Tschernobyl und Schweizerhalle. Im Dezember nahm die Schweizer Stimmbevölkerung dann auch – damals eine politische Sensation – die Rothenthurm-Initiative zum Schutz der Moore an. Die National- und Ständeratswahlen brachten im gleichen Herbst beiden grünen Gruppierungen einen massiven Stimmenzuwachs: die GPS erreichte mit 5,1% neun Sitze im Nationalrat (davon drei Frauen), das *Grüne Bündnis Schweiz (GBS)*, wie sich die Grün-Alternativen nun nannten, erhielt je einen Sitz im Aargau und Baselland. Der Aargauer Nationalrat trat der Fraktion der Grünen Partei der Schweiz bei.

Nach 1987 nahm die Entwicklung beider grüner Organisationen einen unterschiedlichen Verlauf. Die *Grüne Partei der Schweiz (GPS)* führte mit der gewonnenen Fraktionsstärke im Nationalrat den inhaltlichen und organisatorischen Aufbau der Partei durch. Es wurden in den folgenden Jahren zu zahlreichen politischen Fragen inhaltliche Positionen erarbeitet, die oft unabhängig von traditionell «linken» und «rechten» Positionen standen: so etwa zur Geschlechterfrage, zur Energie- oder der Verkehrspolitik, wo die Partei schon zu dieser Zeit die Frage aufwarf, ob ungebremstes Wachstum auch beim öV aus ökologischer Sicht begrüssenswert sei. In der Drogen- und Sozialpolitik setzte sich die Partei etwa für eine liberale Drogenpolitik und ein garantiertes Grundeinkommen ein. Aber auch zur Wirtschaftspolitik oder zur inneren Sicherheit wurde Position bezogen. In den Diskussionen rund um diese Themen wurden parteiintern nicht nur intensive Debatten über eigenständige Ansätze in den verschiedenen Politikbereichen geführt, sondern ebenso über das Verhältnis zwischen qualitativem und quantitativem Wachstum und über die Grenzen der vorherrschenden Wachstumspolitik. Dies führte auch zu einer kritischen Grundhaltung zur EG und den Alpentransversalen bei einer Mehrheit der Partei. Zentrales Element der inhaltlichen Positionierung war des Weiteren das Konzept einer ökologischen Steuerreform, welches die staatlichen Abgaben der Erwerbsarbeit zu Abgaben auf nicht erneuerbaren Energien umgestalten will.

Das *Grüne Bündnis Schweiz* entschied sich für eine Sammelbewegung der grünen Parteien mit den Resten der progressiven und sozialistischen Organisationen in der Schweiz. Intern

war aber diese Entscheidung umstritten. Ein Teil des GBS strebte eine engere Zusammenarbeit mit der GPS an. Eine Schlüsselrolle nahmen diejenigen Kantonalparteien ein, welche bereits einen Nationalratssitz erobert hatten oder welche sich für die nächsten Wahlen grosse Chancen ausrechnen konnten. Diese Gruppe um die Grünen Aargau, die Grünen Bündnisse von St. Gallen und Luzern sowie später auch die Grünen Baselland wollte eine Annäherung, wenn möglich sogar eine Fusion mit der GPS. Dies vor allem, weil sie für eine gemeinsame grüne Fraktion im Nationalrat votierten und gegen eine Verbindung mit den *Progressiven Organisationen Schweiz (POCH)* oder der *Partei der Arbeit (PdA)*. Ihnen gegenüber stand eine Reihe von GBS-Mitgliedern, welche aus ideologischen Gründen Distanz zur GPS und Nähe zu linken Gruppierungen wahren wollten.

Ab Februar 1988 fanden Fusionsgespräche zwischen beiden grünen Organisationen statt. Sie scheiterten aber im Mai 1990. Bereits zuvor waren die Grünen Aargau vom Grünen Bündnis zur Grünen Partei übergetreten und hatten damit ein Signal gesetzt. Nun traten in rascher Folge die Grünen Baselland sowie die Grünen Bündnisse von St. Gallen und Luzern zur GPS über. Damit stand das Grüne Bündnis Schweiz vor der Auflösung. Einige Sektionen konnten zumindest kantonale Bedeutung behalten.

1.3 WECHSELHAFTE JAHRE ZWISCHEN 1991 UND 1995

Bei den Nationalratswahlen 1991 vermochte die GPS ihren Wähler*innenanteil weiter zu steigern und erreichte mit 6,1% 14 Sitze. Als erste Fraktion im Bundesparlament stellte sie eine Frauenmehrheit. Im Gegensatz dazu brach das grünalternative Spektrum ein und erreichte mit 1,5% nur noch einen Sitz (*FraP! Zürich*). Zu diesen Wahlen waren die grün-alternativen Gruppen sowie die übrig gebliebenen POCH-Sektionen unter der Bezeichnung *Die Andere Schweiz (DACH)* angetreten.

Im September 1993 änderte die Partei ihren Namen in *Grüne - Grüne Partei der Schweiz* und erhielt ein neues Erscheinungsbild. Die Namensänderung war Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins. Die Grüne Partei der Schweiz nutzte ihre Vormachtstellung im ökologischen Sektor zur weiteren Profilierung. Erstmals in ihrer Parteigeschichte wagten die Grünen 1991 die Lancierung eines eidgenössischen Referendums gegen die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT). Hauptkritikpunkte waren die mangelnde Finanzierung, die Überkapazitäten sowie die nicht gesicherte Umlagerung des Schwerverkehrs. Zwar scheiterte das Referendum an der Urne, doch die Partei hatte ein deutliches Zeichen auf der nationalen Politbühne gesetzt, das die zweite NEAT-Vorlage stark beeinflusste.

Nicht nur durch ihre Kritik an der NEAT, sondern auch durch ihre Ablehnung der Beitritte zum Internationalen Währungsfonds (IWF), zur Weltbank und zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) exponierte sich die Partei im Jahr 1992 stark. Vor allem die Frage der europäischen Integration führte auch zu internen Meinungsverschiedenheiten, insbesondere zwischen den Sprachregionen. Die Deutschschweizer Grünen standen dem EWR mehrheitlich ablehnend gegenüber, weil sie negative ökologische Konsequenzen und den Verlust demokratischer Mitbestimmungsrechte befürchteten. Die Mehrheit der Grünen in der Romandie wollte Probleme gemeinsam mit Europa angehen und akzeptierte den EWR trotz seiner Mängel als Zwischenschritt im Integrationsprozess. Die integrationsablehnende Haltung der GPS, welche in einer wachstumskritischen Haltung begründet lag, führte zu starken internen Spannungen. Wie die Abstimmungsanalyse VOX zeigte, entschied sich eine knappe Mehrheit der grünen Wähler*innen am 6. Dezember 1992 für ein Ja zum EWR – im gleichen

Ausmass wie die CVP.¹ Die europapolitischen Wogen glätteten sich zusehends. In den Jahren 1994/1995 steuerte die Partei schliesslich mehrheitlich auf einen integrationsfreundlichen Kurs und unterstützt seither die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union (EU).

In den Nationalratswahlen 1995 erlebte die Grüne Partei der Schweiz einen harten Rückschlag. Sie erreichte zwar 5,0% der Stimmen, doch aufgrund von Proporzpech verlor sie sechs ihrer bisherigen Sitze und behielt nur noch deren acht. Das grün-alternative Lager hielt 1,5% und eroberte durch das Grüne Bündnis Bern einen Sitz.

1.4 DIE ENTWICKLUNG DER SCHWEIZER GRÜNEN 1996 - 2003

Mit der Einreichung der beiden eidgenössischen Volksinitiativen «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» und «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» im Mai 1996 bewiesen die Grünen ihre Initiativfähigkeit. Die zwei Initiativen stellten das grüne Konzept für eine sozial-, wirtschafts- und energiepolitische Wende dar. Mit einer ökologischen Steuerreform und der Sicherung der Finanzierung der AHV auf der einen Seite sowie einer Flexibilisierung des Rentenalters auf der anderen Seite, strebten die Grünen die Verwirklichung einer zukunftsfähigen Schweiz an. Zentral – und politisch neu – war dabei nicht nur die Verbindung sozialer mit ökologischen Anliegen, sondern auch das erstmals breit lancierte Konzept der ökologischen Steuerreform. Die Grünen bewiesen mit der Lancierung der Initiativen ihre Kraft auf der politischen Bühne und integrierten bisher noch nicht diskutierte inhaltliche Konzepte zur Integration sozialer Anliegen in die Grundkonzeptionen der Grünen. Der in den Jahren zuvor entstandene Wandel von einer reinen «Ökopartei» zur einer Partei mit breiten inhaltlichen Lösungsvorschlägen – letztlich das Konzept nachhaltiger Entwicklung – wurde mit diesen Initiativen klar besiegelt.

Die zwei grünen Initiativen kamen 2000 und 2001 zur Abstimmung. Die Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frauen und Männer» wurde von 46% der Stimmenden unterstützt, in den lateinischen Kantonen fand sich dafür sogar eine Mehrheit. Etwas weniger erfolgreich schnitt die Initiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!» ab (77,1% Nein).

1999, also noch bevor die beiden Initiativen an die Urne kamen, fanden nationale Wahlen statt. Die Grünen erreichten 5% der Wähler*innenstimmen und konnten ihre neun Sitze halten. Mit Hugo Fasel, Mitglied der Christlich-Sozialen Partei, kam die Fraktion auf 10 Mitglieder. Keine Sitzgewinne also für die Grünen, aber eine Konsolidierung der grünen Kräfte auf nationaler Ebene.

Im Laufe der darauffolgenden Jahre konnten die Grünen ihre Position auf der kantonalen und kommunalen Ebene stark ausbauen. Besonders gut gelang dies in der Romandie, wo Vertreter*innen der Grünen viele Sitze in kommunalen und kantonalen Parlamenten und Exekutiven erhalten haben. Insgesamt konnte der Trend, welcher seit den späten Achtzigerjahren in vielen grossen Städten zu rot-grünen Mehrheiten in den Regierungen und oft auch Parlamenten geführt hatte, konsolidiert und gestärkt und mancherorts auf kantonaler Ebene

¹Claude Longchamp 2012: 20 Jahre EWR-Volksabstimmung. Was haben wir damals entschieden? Referat vor der Historischen Gesellschaft. <https://docplayer.org/30124524-20-jahre-ewr-volksabstimmung-was-haben-wir-damals-entschieden-referat-vor-der-historischen-gesellschaft-zofingen-16.html>

fortgeführt werden. Die rot-grünen Regierungen erwiesen sich dabei in der Regel nicht als kurze «Strohfeuer», sondern als langfristig fundierte Mehrheiten. Entscheidend dabei war, dass sich die Grünen – zusammen mit der SP – in den Augen der Wählerinnen und Wähler offensichtlich als regierungsfähig erwiesen. Die einstige Oppositionspartei, aus einem Protest gegen völlig verfehlte Projekte im Umweltbereich entstanden, zeigte, dass ihre Vertreterinnen und Vertreter es verstanden, in Parlamentsmehrheiten und Regierungen Lösungen zu erarbeiten und zu vermitteln, die das Land und ihre Bürgerinnen und Bürger weiterbringen.

Seit 1998 sind die Grünen ausserdem am Bundesgericht vertreten.

1.5 2003 - 2011: DIE GRÜNEN AUF ERFOLGSKURS

In verschiedenen Kantonen begannen sich just im Wahljahr Junge Grüne zu formieren, die sich im Herbst 2003 auch national vernetzten und in einzelnen Kantonen mit eigenen Listen für die Nationalratswahlen kandidierten.

Bei den nationalen Wahlen im Herbst 2003 bestätigten die Grünen Ihre Position als stärkste Nichtregierungspartei. Mit 7,4% und 13 Sitzen gehörten die Grünen zu den Gewinnerinnen dieser Wahlen. Die 1999 verlorenen Sitze in den Kantonen Aargau und Zürich konnten zurückgewonnen werden, in den Kantonen Waadt und Zürich kam je einen Sitz dazu.

In kantonalen Wahlen legten die Grünen seit 2003 kontinuierlich zu. Sie konnten ihre Sitzzahl in den kantonalen Parlamenten zwischen 2003 und 2011 von 131 auf 202 steigern².

Auch bei Exekutivwahlen standen die Grünen auf der Gewinnerseite: In den Kantonen Aargau (Susanne Hochuli), Baselland (Isaac Reber), Basel-Stadt (Guy Morin), Bern (Bernhard Pulver), Freiburg (Marie Garnier) Waadt (Béatrice Métraux), Zug (Manuela Weichelt) und in Zürich (Martin Graf) konnten sie je ein Mandat erobern, in Genf sogar deren zwei (David Hiler und Michèle Künzler). Zwischenzeitlich stellten die Grünen in neun Kantonen elf Exekutivmitglieder.

Der Erfolgskurs der Grünen wurde bei den eidgenössischen Wahlen 2007 auf nationaler Ebene gefestigt. Mit 9,6% der Stimmen (Kandidat*innenliste nur in 17 Kantonen) eroberten sie 20 Sitze (+7) im Nationalrat und gewannen erstmals zwei Sitze im Ständerat.

1.6 2011 - 2018: DREI VOLKSINITIATIVEN UND DIE ERSTE GRÜNE NATIONALRATSPRÄSIDENTIN

Wie schon bei den nationalen Wahlen von 1995 hatten die Grünen bei den Wahlen 2011 Proporzpech. Im Vergleich zur Zahl der verlorenen Sitze (5) war der prozentuale Verlust (1,2%) der Grünen auf nationaler Ebene relativ gering. Zudem konnte die Grüne Partei in den Kantonen Tessin, Neuenburg, Basel-Stadt, Wallis, Graubünden und Jura an Wähler*innenanteilen zulegen. Die Sitzzahl in den kantonalen Parlamenten konnte auf hohem Niveau stabilisiert werden.

Im Jahr 2013 wurde Maya Graf zur ersten grünen Nationalratspräsidentin gewählt. Ein Höhepunkt ihrer Amtszeit war eine offizielle Einladung des Dalai Lama ins Bundeshaus.

² Bundesamt für Statistik: Kantonale Parlamentswahlen. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/kantonale-parlamentswahlen.html>

Die Legislatur 2011-2015 stand ganz im Zeichen der beiden Volksinitiativen, welche die Grünen Mitte 2011 lanciert hatten und die die politische Debatte massgeblich prägten. Am 6. September 2012 wurde die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» eingereicht. Zentrale Forderungen waren die Förderung geschlossener Stoffkreisläufe sowie die Reduzierung des ökologischen Fussabdrucks der Schweiz auf umgerechnet eine Erde bis spätestens 2050.

Am 16. November 2012 folgte die Einreichung der Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)», welche unter dem Eindruck der Fukushima-Katastrophe Anfang 2011 auch von zahlreichen anderen Parteien und Organisationen unterstützt worden war. Neben dem verfassungsrechtlichen Verbot des Baus neuer Atomkraftwerke verlangte die Initiative feste Laufzeiten von maximal 45 Jahren ab Inbetriebnahme für die bestehenden AKW.

Aufgrund der Initiative für eine Grüne Wirtschaft beantragte der Bundesrat 2014 eine Revision des Umweltschutzgesetzes und läutete damit eine längst fällige Überarbeitung des Schweizer Umweltrechts ein. Künftig sollte nicht nur die Umwelt vor den Schäden durch menschliche Aktivitäten geschützt, sondern auch die natürlichen Ressourcen besser geschont werden. Das Parlament lehnte allerdings die Revision ab. Die Grünen hielten in der Folge an der Initiative fest. Am 25. September 2016 stimmten daher Stimmbevölkerung und Stände über das Begehren ab. Die Initiative wurde abgelehnt, erhielt aber respektable 36% Ja-Stimmen und wurde im Kanton Genf sogar angenommen.

Die Atomausstiegsinitiative prägte die Debatte um die Energiestrategie 2050. Letztere sah ein Neubauverbot von AKW und deren Ersatz durch Einsparungen beim Verbrauch und den Ausbau der erneuerbaren Energien vor. Dank der Initiative konnte verhindert, dass das Verbot neuer AKW in der Schweiz aus der Vorlage gestrichen wurde. Die Atomausstiegsinitiative kam am 27. November 2016 zur Abstimmung und erreichte beachtliche 46% Ja-Stimmen und somit das beste Resultat der rot-grünen Initiativen der vergangenen Jahre. Angenommen wurde die Initiative in den Kantonen Basel-Stadt, Genf, Jura, Neuenburg, Waadt und Baselland. Ein wichtiger Grund für die Ablehnung war die Befürchtung, dass die Abschalttermine für die alten AKW zu früh seien. Vor diesem Hintergrund zeigt das knappe Ergebnis, dass die Bevölkerung klar für die Energiewende ist. Neue AKW haben in der Schweiz keine Chance.

Am 27. Mai 2014 starteten die Grünen die Unterschriftensammlung für die Initiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)». Die Initiative verlangte, dass Lebensmittel aus einer naturnahen und tierfreundlichen Landwirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen gefördert werden. Das soll sowohl für im Inland produzierte wie für importierte Lebensmittel gelten. Die Initiative wurde am 26. November 2015 eingereicht und von Verbänden aus der Landwirtschaft, des Tierschutzes, der Entwicklungszusammenarbeit und des Konsument*innenschutzes unterstützt.

Bei den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober 2015 erreichten die Grünen elf Nationalratssitze und einen Sitz im Ständerat. Damit verloren sie vier Sitze im National- und einen im Ständerat. Dies war eine der Folgen des Rechtsrutsches im Parlament. Damit gehörten die Umwelt- und Sozialpolitik zu den Verliererinnen der Wahlen. Die Grünen stellten am Wahlabend in Aussicht, angesichts der neuen Kräfteverhältnisse ihre ausserparlamentarische Arbeit zu stärken. Sie engagierten sich stark für Bewegungen und Referenden wie etwa jene gegen die Unternehmenssteuerreform III, die Einführung von Sozialdetektiven oder die

Steuervorlage 17 sowie mit den Abstimmungskampagnen für die Initiativen für eine Grüne Wirtschaft, die Atomausstiegsinitiative und die Fair-Food-Initiative.

Nach engagierten Debatten im Parlament und einem – allerdings fruchtlosen – Versuch der vorbereitenden Kommission im Nationalrat für einen indirekten Gegenvorschlag, kam am 23. September 2018 die Fair-Food-Initiative zur Abstimmung. Sie erhielt 39% Ja-Stimmen und wurde in den Kantonen Genf, Waadt, Jura und Neuenburg angenommen. Auf Druck der Initiative wurden einzelne Vorschläge zur Stärkung der Nachhaltigkeit bereits in den direkten Gegenvorschlag zur Initiative «Für Ernährungssicherheit» aufgenommen. Diesen nahmen Stimmbevölkerung und Stände ein Jahr vor der Abstimmung über die Fair-Food-Initiative klar an. Damit wurde die Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung und der nachhaltige Handel auf Verfassungsstufe gehoben.

Auf die Niederlage bei den eidgenössischen Wahlen 2015 folgte ein markanter Aufschwung der Grünen in Kantonen, Städten und Gemeinden. Grosse Erfolge konnten in den Kantonen Wallis, Freiburg und Neuenburg Ende gefeiert werden. Im Kanton Genf wurden die Grünen mit 13.16% drittstärkste politische Kraft und der Regierungsrat Antonio Hodgers mit einem Glanzresultat wiedergewählt. Bei den Waadtländer Kommunalwahlen 2016 verbesserten sich die Grünen um 24% von 200 auf 248 Legislativsitze. Bei den kommunalen Exekutiven verbesserten sie sich von 14 auf 19 Sitze und erreichten Parität mit 50% gewählten Frauen und ihrer ersten Stadtpräsidentin. Im Jahr 2017 setzte sich diese Entwicklung im kantonalen Parlament fort, und die GRÜNEN erreichen 14% Wähler*innenanteil mit 21 Sitzen im Grossen Rat (+2).

2018 waren die Grünen mit 193 Sitzen in kantonalen Parlamenten vertreten. Das entspricht einem Zuwachs von 18 Sitzen seit den Wahlen 2015. Dazu kamen zahlreiche Wahlerfolge auf kommunaler Ebene. So waren die Grünen neu in den Stadtexekutiven von Wil, Arbon, Prilly, Moudon, Orbe, Aarau und Thun vertreten und stellten die Stadtpräsidien von Bern und Brugg. Auch in den kantonalen Exekutiven waren die Grünen mit sechs Regierungsmitgliedern weiterhin gut präsent: Christine Häsler im Kanton Bern, Elisabeth Ackermann als Regierungspräsidentin im Kanton Basel-Stadt, Isaac Reber im Kanton Baselland, Béatrice Métraux im Kanton Waadt, Brigit Wyss als erste grüne Regierungsrätin im Kanton Solothurn und Antonio Hodgers, Regierungspräsident im Kanton Genf.

1.7 2019: DAS KLIMAWAHLJAHR

Nach der Klimakonferenz in Katowice mit der Rede der Klimastreikaktivistin Greta Thunberg («Ihr stehlt den Kindern ihre Zukunft, direkt vor ihren Augen») und nachdem der Nationalrat in der Wintersession 2018 dem ohnehin schon ungenügenden neuen CO₂-Gesetz die letzten Zähne gezogen hatte, begann das Jahr 2019 in der Schweiz mit einer neuen Klimabewegung: Schülerinnen und Schüler organisierten Streiks und forderten die Ausrufung des «Klimanotstands».

Die Bewegung stärkte die Grünen bei den kantonalen Wahlen als glaubwürdigste Kraft für eine soziale und konsequente Umweltpolitik. In Zürich gewannen die Grünen am 24. März 2019 neun zusätzliche Sitze im Parlament und schafften auf Anhieb mit Solaringenieur Martin Neukom den Wiedereinzug in den Regierungsrat. Die Grüne Fraktion im Kantonsrat war noch nie so stark (22 Sitze). Mit Martin Neukom wählten die Zürcherinnen und Zürcher nicht nur den zweitjüngsten Regierungsrat in der Geschichte des Kantons (nur Alfred Escher war

bei seiner Wahl 1848 jünger), sondern zum ersten Mal ein ehemaliges Mitglied der Jungen Grünen.

Eine Woche später, am 31. März, erzielten die Grünen auch in den Kantonen Baselland und Luzern hervorragende Wahlerfolge. Im Kanton Baselland wurde der bisherige grüne Regierungsrat Isaac Reber mit dem zweitbesten Ergebnis wiedergewählt. Im Landrat gewannen die Grünen sechs Sitze und kamen neu auf 14 Sitze, was beinahe einer Verdoppelung entspricht.

Im Kanton Luzern gelang es den Grünen zusammen mit den Jungen Grünen, die mit einer eigenen Liste einen Sitz realisierten, ihre Vertretung im Kantonsrat sogar mehr als zu verdoppeln: Die neue Fraktion der Grünen kam neu auf 15 statt sieben Sitze.

Am 7. April legten schliesslich auch die Grünen im Kanton Tessin bei den Parlamentswahlen leicht zu, ohne aber Sitze dazuzugewinnen. Dies hing u.a. damit zusammen, dass nach der Abspaltung eines isolationistischen Flügels lediglich eine amtierende Grossrätin wieder kandidierte.

Dank dieser Erfolge starteten die Grünen mit viel Zuversicht in das Wahljahr 2019. Noch nie in der Geschichte konnten die Grünen mit so vielen Sitze in den kantonalen Parlamenten (216 Sitze) Verantwortung für eine konsequente Umweltpolitik und ein gutes soziales Klima übernehmen. Gegenüber dem Stand 2015 war die Vertretung der Grünen in den kantonalen Parlamenten um 41 Sitze angewachsen – das grösste Wachstum aller Parteien.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte beteiligten sich die Grünen 2019 mit einer aktiven Kampagne an der Mobilisierung für die Europawahlen. An einer «Europa-Debatte» in Zürich zeigten sie zusammen mit führenden Vertreter*innen der Europäischen Grünen auf, was bei den Wahlen im Mai 2019 auf dem Spiel stand. Die Stärkung der autoritären und nationalistischen Kräfte in der EU kann nur mit einer Politik des sozialen Ausgleichs und der demokratischen Teilhabe gestoppt werden. Mit einem Wahlauf Ruf für die europäischen Schwesterparteien wollten die Schweizer Grünen dazu beitragen, das «Versprechen Europas» zu erneuern.³

Bei den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober erhielten die Grünen 13,2% der Stimmen und zogen mit 28 National- und 5 Ständerät*innen ins Bundeshaus. Erstmals erhielten die Grünen mehr Stimmen als die Bundesratspartei CVP. Dieser historische Wahlsieg machte aus der Grünen Fraktion zusammen mit einem Vertreter der PdA aus dem Kanton Neuenburg und einer Vertreterin von Ensemble à Gauche / Solidarités aus Genf die viertstärkste Kraft im Nationalrat (30 Mitglieder) vor der FDP (29 Mitglieder).

Noch nie in der Geschichte der Schweizer Demokratie hatte eine Partei so deutlich zugelegt, wie die Grünen 2019. Im Kanton Genf wurden die Grünen mit 25% sogar zur stärksten Partei. Mit der 35-köpfigen Bundeshausfraktion spielen die Grünen in der gleichen Liga wie die Bundesratsparteien CVP und FDP. Mit einem Durchschnittsalter von 45 Jahren haben die Grünen die jüngste Gruppe im Nationalrat, und der Frauenanteil liegt bei 61%. Erstmals haben die Grünen auch eine Vertretung aus der italienischsprachigen Schweiz im Bundeshaus.

Noch am Wahlabend riefen die Grünen alle politischen Kräfte dazu auf, an einem gemeinsamen Klimagipfel mit der Wissenschaft eine dringliche Klimastrategie zu beschliessen, welche

³ Deutsche Bundesregierung 2018: Erklärung von Meseberg. Das Versprechen Europas für Sicherheit und Wohlstand erneuern. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/erklaerung-von-meseberg-1140536>

die Treibhausgase rasch und ambitioniert senkt. Die nächsten vier Jahre würden für den Weg aus der Klimakrise entscheidend sein, und eine weitere verlorene Legislatur fürs Klima dürfe es nicht geben.

Auch die Frage der Bundesratsbeteiligung wurde nach dem Wahlsieg vom 20. Oktober aktuell. Noch nie seit der Schaffung der Zauberformel 1959 war der Wähler*innenanteil der Bundesratsparteien zusammen so klein wie 2019. Am 22. November nominierte daher die Grüne Fraktion die ehemalige Berner Gemeinderätin (Exekutive) und langjährige Nationalrätin und Parteipräsidentin Regula Rytz als Kandidatin für den Bundesrat. Doch obwohl die Wähler*innen am 20. Oktober die alte Zauberformel gesprengt hatten, unterstützte nur die SP die grüne Kandidatur. Alle anderen Parteien entschieden sich bei der Bundesratswahl vom 11. Dezember für die Betonierung von Macht und Besitzstand.

1.8 GESTÄRKT UND NEU AUFGESTELLT IN DIE LEGISLATUR 2019-2023

Die Grünen steigen gestärkt in die Legislaturperiode 2019-2023 ein. Nachdem Maya Graf als Alterspräsidentin die erste Session eröffnet hatte, wurde die Aargauer Nationalrätin Irène Kälin zur zweiten Vize-Präsidentin gewählt. Sie wird somit 2021/2022 die zweite grüne «höchste Schweizerin». Die Grünen haben aber auch mehr Gewicht in den Kommissionen. Im Nationalrat sind die Grünen mit mindestens drei, meistens mit vier Sitzen in den Kommissionen vertreten. Die Umweltkommission und die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen werden von den Grünen Bastien Girod und Michael Töngi präsiert. Neu sind die Grünen auch in allen Kommissionen im Ständerat vertreten. Ständerätin Maya Graf präsiert die Geschäftsprüfungskommission.

Im Frühling 2020 ging die grüne Welle bei den Genfer Kommunalwahlen weiter: 142 Grüne wurden in 26 Gemeinden gewählt, darunter 14 kommunale Exekutivmitglieder.

Die Grüne Fraktion hat im Mai 2020 die Berner Nationalrätin Aline Trede zur neuen Fraktionspräsidentin gewählt. Sie wird von einem Vierer-Vizepräsidium um Greta Gysin, Lisa Mazzone, Fabien Fivaz und Bastien Girod begleitet. Das neue Fraktionspräsidium bildet somit die Vielfalt der Fraktion hinsichtlich Sprachregionen und Geschlechter ausgewogen ab und beide Räte sind im Präsidium vertreten.

Am 20. Juni 2020 wählten die grünen Parteidelegierten zum ersten Mal ein Schweizer Parteipräsidium an einer digitalen Delegiertenversammlung. Balthasar Glättli trat als neuer Präsident die Nachfolge von Regula Rytz an, welche wegen der statutarischen Amtszeitbeschränkung kein weiteres Mal kandidieren konnte. Ihm zur Seite stehen als Vizepräsident*innen Florence Brenzikofer (Nationalrätin BL), Luzian Franzini (Kantonsrat, ZG), Oleg Gafner (Junge Grüne, VD), Isabelle Pasquier-Eichenberger (Nationalrätin GE), Franziska Ryser (Nationalrätin SG) und Nicolas Walder (Nationalrat GE). Damit wurde auch der regionalen und sprachlichen Verteilung und einer gleichmässigen Vertretung der Geschlechter Rechnung getragen.

Auch bei den kantonalen Wahlen in den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Jura, Schaffhausen, Schwyz, St. Gallen, Thurgau und Uri konnten die GRÜNEN 2020 mit wenigen Ausnahmen grosse Sitzgewinne verzeichnen.

Im Januar 2021 verabschiedeten die Delegierten der GRÜNEN Schweiz den «Klimaplan – für eine klimapositive Schweiz»⁴. Dieser beschreibt, wie Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend verändert werden sollen, um der Klimakrise zu begegnen. Er enthält die politischen und technischen Massnahmen, die nötig sind, um die Klimaziele der GRÜNEN zu erreichen.

1.9 SEIT 2020: CORONA-POLITIK

In der Corona-Pandemie engagieren sich die GRÜNEN mit konkreten Vorschlägen dafür, dass die Krisenbewältigung die Transformation hin zu einer grüneren und sozialeren Zukunft beschleunigt. Ausserdem muss der Schutz der physischen und psychischen Gesundheit und der Schutz besonders verletzlicher Personen (wie z.B. ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Risikopatient*innen und Geflüchtete) im Zentrum der Pandemiebewältigung stehen.

Mehr dazu kann im «3-Punkte-Plan für einen grünen Weg aus der Corona-Krise»⁵, im «Green New Deal»⁶ und im «Covid-19-Positionspapier der Grünen Fraktion»⁷ nachgelesen werden.

⁴ GRÜNE Schweiz 2021: Klimaplan. <https://gruene.ch/kampagne/klimaplan>

⁵ GRÜNE Schweiz 2020: 3-Punkte-Plan für einen grünen Weg aus der Corona-Krise. <https://gruene.ch/gesellschaft/gesundheit/3-punkte-plan-corona-krise>

⁶ GRÜNE Schweiz 2020: Green New Deal. Aus der Krise in eine grüne Zukunft. https://gruene.ch/wp-content/uploads/2020/08/res_200815_green_new_deal_2020_d.pdf

⁷ GRÜNE Schweiz 2020: Grüner & sozialer aus der Krise. Zum Schutz der Schwächsten. Covid-19-Positionspapier der grünen Fraktion. https://verts.ch/wp-content/uploads/2020/12/pos_201209_covid19_d.pdf

VERÄNDERUNG DER PARTEIENSTÄRKEN 2015 – 2019

Partei	2015	2019	Veränderung
kleine Linksparteien (PdA, Sol.)	0.9	1.0	+0.2
SP	18.8	16.8	-2.0
GRÜNE	7.1	13.2	+6.1
SP, Grüne und kleine Linksparteien	26.8	31.1	+4.3
GLP	4.6	7.8	+3.2
BDP	4.1	2.4	-1.7
EVP	1.9	2.1	+0.2
CSP	0.2	0.3	+0.0
Mitte	10.8	12.6	+1.7
CVP	11.6	11.4	-0.3
FDP, LPS	16.4	15.1	-1.3
SVP	29.4	25.6	-3.8
kleine Rechtsparteien (EDU, Lega etc.)	2.6	2.1	-0.5
Bürgerliche, Rechtsparteien	60.1	54.2	-5.9
Übrige	2.4	1,8	-0.5

VERÄNDERUNG DER SITZE IN DEN KANTONALEN PARLAMENTEN 2015 – 2019

Partei	2015	2019	Veränderung
GRÜNE	175	216	+41
SP	454	477	+23
GLP	83	98	+15
BDP	74	53	-21
CVP	450	414	-36
FDP	525	554	+29
SVP	582	544	-38

CHRONIK

Dezember 1971: In Neuenburg wird zur Verhinderung eines Autobahnprojektes die erste regionale grüne Partei der Schweiz gegründet.

Mai 1972: Die Neuenburger Grünen gewinnen bei den Wahlen in das Gemeindeparlament von Neuenburg acht Sitze. Erstmals nehmen Schweizer Grüne Einsitz in einem Parlament.

November 1977: Jean-Claude Rochat wird in den Conseil municipal von Lausanne gewählt. Es ist der erste grüne Sitz in einer Gemeinderegierung.

Oktober 1979: Mit Daniel Brélaz wird der erste Grüne in den Nationalrat gewählt. Er ist auch weltweit der erste Grüne in einem nationalen Parlament.

28. Mai 1983: Verschiedene grüne Gruppierungen aus der ganzen Schweiz schliessen sich in Freiburg zur Föderation der Grünen Parteien der Schweiz zusammen.

Juni 1983: Die links-alternativen Grünen gründen in Bern die Grüne Alternative Schweiz.

Oktober 1983: Die Grünen erzielen bei den Nationalratswahlen vier Sitze, einen weniger als für die Bildung einer Fraktion notwendig wäre.

April 1986: Mit der Wahl von Leni Robert und Benjamin Hofstetter in den Regierungsrat des Kantons Bern sind die Grünen erstmals in einer kantonalen Regierung vertreten.

Oktober 1987: Die Grünen steigern in den Nationalratswahlen ihren Sitzanteil auf 11 Sitze und werden damit fünftgrösste Partei

und grösste Nichtregierungspartei. Sie bilden erstmals eine Grüne Fraktion im Nationalrat.

25. Oktober 1987: Die Grüne Partei der Schweiz wird Mitglied der Europäischen Grünen.

Juni 1989: Werner Schaffitz wird in Rickenbach ZH als erster grüner Gemeindepräsident der Schweiz gewählt.

Mai 1990: Die Fusionsgespräche zwischen den beiden nationalen grünen Organisationen scheitern. Die Grüne Partei der Schweiz bleibt nach den Beitritten von Sektionen der alternativen Grünen faktisch die einzige nationale grüne Partei in der Schweiz.

September 1991: Die Grünen ergreifen erstmals ein Referendum. Die Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) werden bekämpft, weil die Umlagerung auf die Schiene nicht garantiert wird, die Finanzierung nicht gesichert und das Projekt überdimensioniert ist.

Oktober 1991: Die Grünen ziehen neu mit 14 Vertreterinnen und Vertretern in den Nationalrat ein.

Dezember 1992: Nach einer umstrittenen Nein-Parole zum Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum stimmen 53% der grünen Wähler*innen dem EWR-Beitritt zu.

Dezember 1993: Cécile Bühlmann wird zur Fraktionspräsidentin gewählt. Sie steht bis 2005 der Grünen Fraktion im Bundeshaus vor.

November 1994: Die Grünen lancieren erstmals eidgenössische Volksinitiativen. Mit der Initiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» soll eine

ökologische Steuerreform durchgeführt werden. Die Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» wird auf die Erhöhung des Frauenrentenalters im Rahmen der 10. AHV-Revision reagiert.

Oktober 1995: In den Nationalratswahlen verlieren die Grünen 5 ihrer bisher 14 Sitze. Durch den Eintritt weiterer Ratsmitglieder erhöht sich die Grösse der Fraktion auf 10, später auf 11 Mitglieder.

Mai 1996: Die Initiativen «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» sowie «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» werden mit je rund 120'000 Unterschriften eingereicht.

Juni 1997: Der Grüne Thomas Merkli wird in einer Kampfwahl als Ersatzrichter ans Bundesgericht gewählt. Die Grünen halten damit erstmals Einsitz im Bundesgericht.

Januar 1998: Philippe Biéler, Regierungsrat in Kanton Waadt, übernimmt als erster Grüner das Präsidium einer Kantonsregierung.

März 1998: In Illnau-Effretikon (ZH) wird mit Martin Graf der erste grüne Stadtpräsident der Deutschschweiz gewählt.

Dezember 1998: Thomas Merkli wird als erster Grüner zum hauptamtlichen Bundesrichter ernannt.

Mai 1999: Verena Diener ist die erste grüne Frau, die zur Regierungspräsidentin eines Kantons gewählt wird.

Oktober 1999: Die Grünen halten ihre neun Sitze. Wiederum schliesst sich der CSP-Nationalrat Hugo Fasel der Fraktion an, die somit 10 Mitglieder umfasst.

November 2000: Die erste Grüne Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frauen und Männer» gelangt zur Abstimmung. 46% der Stimmenden unterstützen

die Initiative, in den lateinischen Kantonen wird die Initiative sogar angenommen.

Dezember 2000: Cécile Bühlmann kandidiert für den Bundesrat und macht im ersten Wahlgang das zweitbeste Resultat.

Dezember 2001: Über die Initiative «Für eine gesicherte AHV - Energie statt Arbeit besteuern!» wird an der Urne abgestimmt. Sie wird mit 77,1% Nein-Stimmen verworfen.

Februar 2003: Die Grünen lancieren zusammen mit anderen Organisationen die Volksinitiative «Für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft».

24. Mai 2003: Mit einem Fest im Hotel Theater National in Bern feiern die Grünen das 20-Jahre-Jubiläum der Partei.

Frühling 2003: Die Grünen beteiligen sich an der Lancierung der Initiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse».

Sommer 2003: Im Vorfeld der Nationalratswahlen formieren sich in verschiedenen Kantonen Junge Grüne, die sich im September 2003 auch national vernetzen.

September 2003: Die Initiative «Für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» wird mit über 100'000 Unterschriften eingereicht.

Oktober 2003: Die Grünen sind massgeblich beteiligt am Zustandekommen des Referendums gegen das Steuerpaket. Das neue Steuergesetz sieht Begünstigungen für reiche Familien sowie Hausbesitzer*innen vor.

Oktober 2003: Bei den nationalen Wahlen gewinnen die Grünen 4 Sitze dazu. Neben den 13 grünen Mitgliedern bilden Hugo Fasel von der Christlich-Sozialen Partei und

Josef Lang, Mitglied der Sozialistisch-Grünen Alternative, die 15-köpfige Fraktion.

Am **20. März 2004** findet die erste Mitgliederversammlung der Jungen Grünen Schweiz mit 70 Teilnehmer*innen aus allen vier Sprachregionen statt. (Alle Informationen zu den Jungen Grünen Schweiz unter www.jungegruene.ch).

16. Mai 2004: Die Steuerpaketvorlage wird von der Stimmbevölkerung mit 65,9% abgelehnt. Auch ein Erfolg für die Grünen, die massgeblich zum Zustandekommen des Referendums beigetragen haben.

August 2004: Die Fraktion sisiert die Mitgliedschaft des grünen Nationalrats Martin Bäumle, der mit der Zürcher Gesundheitsdirektorin Verena Diener in Abspaltung zur Zürcher Kantonalpartei eine eigene Partei mit dem Namen Grünliberale Zürich gründet.

9. Dezember 2004: Die Initiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» wird mit 113'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Grünen hatten die Initiative mitlanciert.

27. November 2005: Die Gentechfrei-Initiative, die die Grünen mitlanciert haben, wird mit 55,7% angenommen. Das ist ein grossartiger Erfolg und ein unmissverständliches Ja der Schweizer Bevölkerung zu einer gentechfreien Landwirtschaft mindestens für die nächsten fünf Jahre, während der das Moratorium wirkt.

Dezember 2005: Das neue Ausländergesetz und das revidierte Asylgesetz werden vom Parlament verabschiedet. Die Grünen sprechen sich gegen die beiden diskriminierenden und unmenschlichen Gesetze aus und übernehmen im 2xNein-Komitee, das das Referendum gegen das Ausländergesetz lanciert und auch das Asylgesetz bekämpft, eine führende Rolle.

6. April 2006: Die Grünen Schweiz, gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen, deponieren über 85'000 Unterschriften gegen das Ausländergesetz und über 120'000 Unterschriften gegen das Asylgesetz. Die beiden Referenden kommen am 24. September 2006 zur Abstimmung und scheitern deutlich.

9. April 2006: Im Kanton Bern wird Bernhard Pulver, früherer Generalsekretär der GPS, zum Regierungsrat gewählt. Damit erhält nach Neuenburg und Genf auch der Kanton Bern eine rot-grüne Regierungsmehrheit.

Sommer 2006: Ende Juni hat ein breites Bündnis, dem auch die Grünen angehören, die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten lanciert. «Wir Grüne lehnen den Export von Kriegsmaterial ab, weil wir grundsätzlich gegen das Geschäft mit Krieg und letztlich mit Zerstörung und Tod sind», begründete die Präsidentin, Ruth Genner, das Engagement der Grünen.

Oktober 2006: Die Grünen unterstützen das Referendum gegen die 5. IV-Revision. Sie sind nicht bereit, eine Revision anzunehmen, die den Druck und das Misstrauen gegenüber Menschen mit einer Behinderung erhöht.

Oktober 2006: In Genf findet der 2. Kongress der Europäischen Grünen Partei statt, an dem über 30 grüne Parteien aus ganz Europa das Dokument «Visionen für ein grünes Europa» diskutieren und verabschieden.

27. Februar 2007: Die Jungen Grünen lancieren die Stopp-Offroader-Initiative für eine menschenfreundliche und nachhaltige Mobilität.

Mai 2007: Mangels politischen Willens des Gesetzgebers, effiziente Massnahmen gegen die Klimaerwärmung zu ergreifen,

lancieren die Grünen mit anderen Organisationen die Klimainitiative, die eine 30%-Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2020 verlangt.

Juni 2007: In den Kantonen Schwyz und Graubünden werden Grüne Parteien gegründet.

Juli 2007: Die Grünen beteiligen sich an der Ausarbeitung und Lancierung der Landschaftsinitiative «Raum für Mensch und Natur».

3. September 2007: Die Grünen unterstützen die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt».

21. September 2007: Die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten wird bei der Bundeskanzlei mit 109'530 Unterschriften eingereicht.

Oktober 2007: Grosser Sitzgewinn der Grünen bei den nationalen Parlamentswahlen: 9,6% der Stimmen, 20 Sitze im Nationalrat (+7) sowie zwei erste Sitze im Ständerat.

Anfang November 2007: Innert nur 5 Monaten kommt die Klimainitiative mit mehr als 120'000 Unterschriften zustande.

1. Dezember 2007: An der Delegiertenversammlung in Binningen BL beschliessen die Delegierten, dass die Grünen von nun an den grundsätzlichen Anspruch auf einen Bundesratssitz stellen. Die DV nominiert Ständerat Luc Recordon als Gegenkandidaten zu Christoph Blocher.

12. Dezember 2007: Die Gegenkandidatur der Grünen führt dazu, dass die anderen Parteien gegen Christoph Blocher mobil machen. Die Grünen ziehen am Wahltag ihren Kandidaten zugunsten von Eveline Widmer-Schlumpf zurück. Christoph Blocher wird abgewählt, Widmer-Schlumpf als neue Bundesrätin gewählt.

19. Februar 2008: Die Klimainitiative wird bei der Bundeskanzlei eingereicht und gibt der Schweizer Stimmbevölkerung die Möglichkeit, selber über die nationale Klimapolitik zu bestimmen.

26. April 2008: Nach sechs Jahren tritt Ruth Genner als Parteipräsidentin zurück. Als Nachfolger werden an der DV in Yverdon Ueli Leuenberger zum neuen Präsidenten, Franziska Teuscher und Aline Trede als Vize-Präsidentinnen gewählt.

23. August 2008: Die Grünen Schweiz feiern in Biel ihr 25-Jahre-Jubiläum.

25. Oktober 2008: Die Grünen lancieren an einer Sonder-DV in Baden die Anti-Atom-Kampagne, um neue Atomkraftwerke zu verhindern.

30. November 2008: In Aargau wird Susanne Hochuli in den Regierungsrat gewählt.

20. März 2009: Zusammen mit dem VCS und anderen Organisationen lancieren die Grünen die Initiative «Für den öffentlichen Verkehr».

26. April 2009: In Neuenburg wird Fernand Cuche nicht mehr in die Kantonsregierung gewählt.

30. April 2009: Therese Frösch tritt als Fraktionschefin nach fast vierjähriger Amtszeit zurück. Nachfolgerin wird Maya Graf BL.

13. Juni 2009: An der Delegiertenversammlung in Solothurn wird die Alternative Kanton Zug Vollmitglied der Grünen. Damit sind alle alternativ-grünen Parteien Mitglied der Grünen Schweiz.

7. März 2009: In Nidwalden tritt Leo Odermatt aus der Kantonsregierung zurück.

19. September 2009: Die Delegiertenversammlung verabschiedet ein Mandat zur Überprüfung einer Volksinitiative für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft (Green New Deal).

30. März 2010: Die Grünen ergreifen zusammen mit einem breiten Bündnis gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung das Referendum.

8. Mai 2010: Das bisherige Präsidium – Ueli Leuenberger, Präsident, und Franziska Teuscher und Aline Trede, Vize-Präsidentinnen – wird für eine weitere zweijährige Amtszeit von der Delegiertenversammlung bestätigt.

8. März 2011: Die Grünen lancieren die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)».

27. März 2011: In Baselland wird Isaac Reber in den Regierungsrat gewählt.

4. April 2011: In Zürich wird Martin Graf in den Regierungsrat gewählt.

17. Mai 2011: Die Grünen lancieren nach der Atomkatastrophe von Fukushima die Initiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)».

13. Oktober 2011: Die von den Jungen Grünen lancierte Stopp-Offroad-Initiative wird zugunsten eines indirekten Gegenvorschlags, mit dem die Neuwageneffizienz als neue Klimaschutzmassnahme ins CO₂-Gesetz aufgenommen wird, zurückgezogen.

23. Oktober 2011: Bei den eidgenössischen Wahlen verlieren die Grünen Schweiz 5 Nationalratssitze (es bleiben 15) und 1,2% ihres Wähler*innenanteils.

4. Dezember 2011: In Fribourg wird Marie Garnier als erste Vertreterin der Grünen in den Staatsrat gewählt.

27. November 2011: Im Kanton Waadt wird Béatrice Métraux in den Staatsrat gewählt.

18. Februar 2012: Antonio Hodgers wird als grüner Fraktionspräsident bestätigt, nachdem er im Dezember 2010 die Nachfolge von Maya Graf angetreten war.

20. März 2012: Mit der Wahl Brigitta Michel Thenens ziehen die Grünen zum ersten Mal in den Schwyzer Kantonsrat ein.

21. April 2012: Regula Rytz und Adèle Thorens werden an der DV in Carouge zur neuen Doppelspitze der Partei gewählt. Neben den beiden Co-Präsidentinnen werden Josef Lang, Bastien Girod, Robert Cramer und Irène Kälin von den Jungen Grünen neue Vize-Präsident*innen.

17. Juni 2012: Im Kanton Zürich wird die von den Grünen lancierte Kulturlandinitiative zum Erhalt der landwirtschaftlich und ökologisch wertvollen Flächen von der Stimmbewölkerung angenommen.

6. September 2012: Die von den Grünen lancierte Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» wird mit rund 112'000 gültigen Unterschriften eingereicht.

16. November 2012: Die von den Grünen lancierte und von zahlreichen Parteien, Verbänden und Gruppierungen unterstützte Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)» wird eingereicht.

26. November 2012: Maya Graf wird als erste Grüne zur Präsidentin des Nationalrats gewählt.

26. November 2013: Balthasar Glättli wird zum neuen Fraktionspräsident gewählt und Anne Mahrer übernimmt die Nachfolge von Antonio Hodgers im Nationalrat, nachdem dieser im zweiten Wahlgang in den Genfer Regierungsrat gewählt wurde.

27. Mai 2014: Die Grünen lancieren die Initiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)».

21. April 2015: Die Jungen Grünen lancieren die Initiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)».

18. Oktober 2015: Bei den eidgenössischen Wahlen verlieren die Grünen Schweiz vier Nationalratssitze (es bleiben elf) und einen der beiden Sitze im Ständerat. Der Wähler*innenanteil für die Grünen beträgt 7,1% (minus 1,3%). Mit der Grünen Sibel Arslan (BastA!) ist erstmals eine Nationalrätin mit kurdischem Hintergrund im Schweizer Parlament vertreten.

26. November 2015: Die von den Grünen lancierte Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» wird mit rund 105'000 gültigen Unterschriften eingereicht.

30. November 2015: Als jüngstes Mitglied des Nationalrats eröffnet die 27-jährige Grüne Lisa Mazzone (Genf) die neue Legislatur in der die Wintersession mit einer Rede.

8. Dezember 2015: Balthasar Glättli wird als Präsident der Fraktion bestätigt. Neue Vize-Präsidentin wird Christine Häsler.

28. Januar 2016: Die Geschäftsleitung der Grünen wählt die 31-jährige Regula Tschanz zur neuen Generalsekretärin. Sie wird Nachfolgerin von Miriam Behrens, die ab März als Generalsekretärin zur Schweizerischen Flüchtlingshilfe wechselt.

16. April 2016: Regula Rytz wird als Präsidentin der Grünen Schweiz bestätigt und tritt das Amt alleine an, da Adèle Thorens sich nach sechs Jahren Engagement in der

Geschäftsleitung, zuletzt während vier Jahren als Co-Präsidentin, nicht mehr zur Wahl stellt. Vize-Präsident*innen werden die Genfer Nationalrätin Lisa Mazzone, der Freiburger Unternehmer Gerhard Andrey und die Thurgauer Kantonsrätin Gina Rüetschi, welche die beiden Bisherigen Bastien Girod und Luca Maggi (Junge Grüne) in der Geschäftsleitung verstärken. Adèle Thorens wird zweite Vize-Präsidentin der Fraktion.

25. September 2016: Stimmbevölkerung und Stände stimmen über die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» ab. Die Initiative erhält 36% Ja-Stimmen. Im Kanton Genf wird sie mit 52% Ja-Stimmen angenommen.

21. Oktober 2016: Die von den Jungen Grünen lancierte Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)» wird mit rund 113'000 gültigen Unterschriften eingereicht

27. November 2016: Stimmbevölkerung und Stände stimmen über die Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)» ab. Die Initiative erhält 46% Ja-Stimmen und wird in den Kantonen Basel-Stadt, Genf, Jura, Neuenburg, Waadt und Baselland angenommen.

27. November 2016: Elisabeth Ackermann wird zur neuen Regierungspräsidentin des Kantons Basel-Stadt gewählt.

12. Februar 2017: Die Grünen lehnen die unsoziale Unternehmenssteuerreform III mit 93% Nein-Stimmen ab (VOX-Analyse). Sie haben das erfolgreiche Referendum aktiv mitgetragen.

5. April 2017: Im Hinblick auf die Wahlen 2019 lancieren die Grünen das Basis-Projekt #GrüneDebatte17. Die Ergebnisse

fliessen in die Wahlplattform 2019 und in die politische Alltagsarbeit der Partei ein.

23. April 2017: Die Solothurnerinnen und Solothurner wählen mit Brigit Wyss zum ersten Mal ein Mitglied der Grünen in die Kantonsregierung.

30. April 2018: Die grüne Freiburger Staatsrätin Marie Garnier tritt nach einer Kampagne gegen ihre Person zurück. Die Vorwürfe der Amtsgeheimnisverletzungen erweisen sich später als absolut haltlos.

25. März 2018: Christine Häsler wird für Bernhard Pulver, der nicht mehr angetreten ist, als neue Regierungsrätin der Grünen im Kanton Bern gewählt und macht Aline Trede im Nationalrat Platz. Diese wird neue Vize-Präsidentin der Fraktion.

6. Oktober 2018: Die Grünen ergreifen gemeinsam mit den Jungen Grünen, der Alternativen Liste, der Gewerkschaft vpod und anderen Organisationen das Referendum gegen die Neuauflage der Steuerreform (SV17), die aus Akzeptanzgründen mit einer Finanzspritze für die AHV verknüpft ist. Nachdem ein Antrag auf die Trennung der beiden Vorlagen knapp gescheitert ist, kann nur ein Referendum den Abbau des Service Public und eine Negativspirale im Steuerwettbewerb noch stoppen.

23. November 2018: Stimmbevölkerung und Stände stimmen über die Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» ab. Die Initiative erhält 39% Ja-Stimmen und wird in den Kantonen Genf, Waadt, Jura und Neuenburg angenommen.

10. Februar 2019: Stimmbevölkerung und Stände stimmen über die Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)» ab. Die erste Initiative, welche die

Jungen Grünen zur Abstimmung bringen, erhält 36% Ja-Stimmen.

24. März 2019: Die Zürcherinnen und Zürcher wählen den 32-jährigen Solaringenieur Martin Neukom in den Regierungsrat. Damit zieht zum ersten Mal ein ehemaliges Mitglied der Jungen Grünen in eine kantonale Exekutive ein. Bei den Kantonsratswahlen gewinnen die Grünen neun Sitze und kommen neu auf 22 Sitze. So gross war die Fraktion der Grünen im Zürcher Parlament noch nie.

30. März 2019: Bei den Wahlen im Kanton Baselland wird Isaac Reber mit dem zweitbesten Resultat wieder in den Regierungsrat gewählt. Im Landrat sind die Grünen neu mit 14 statt acht Mitgliedern vertreten. Um mehr als das Doppelte legen die Grünen am gleichen Tag bei den Wahlen im Kanton Luzern im Parlament zu. Zusammen mit den Jungen Grünen erhöhen die Grünen die Sitzzahl von sieben auf 15 Sitze. Korintha Bärtsch schafft zudem im ersten Wahlgang das fünftbeste Resultat für den Regierungsrat.

7. April 2019: Im Tessin wächst der Wähler*innenanteil der Grünen bei den Parlamentswahlen von 6% auf 6,6% an. Für einen zusätzlichen Sitz reicht es allerdings nicht.

20. Oktober 2019: Bei den eidgenössischen Wahlen erreichen die Grünen einen historischen Erfolg: Mit 13,2% der Stimmen (erstmal mehr als die CVP), 28 National- und 5 Ständerät*innen (nach den zweiten Wahlgängen) und mit einem Vertreter der PdA aus dem Kanton Neuenburg und einer Vertreterin von Ensemble à Gauche / Solidarités aus Genf werden die Grünen die viertstärkste Kraft im Nationalrat (30 Mitglieder) vor der FDP (29 Mitglieder). Die Grünen rufen die Parteien zu einem Klimagipfel zusammen mit der Wissenschaft auf.

10. November 2019: Im zweiten Wahlgang werden Lisa Mazzone in Genf und Adèle Thorens in der Waadt in den Ständerat gewählt.

22. November 2019: Die Grüne Fraktion nominiert Regula Rytz als Bundesratskandidatin.

24. November 2019: Maya Graf wird im Kanton Baselland im zweiten Wahlgang in den Ständerat gewählt. Damit ist die fünfköpfige Gruppe der Grünen im Ständerat komplett mit den bereits am 20. Oktober gewählten Grünen Céline Vara aus dem Kanton Neuenburg und Mathias Zopfi aus dem Kanton Glarus.

2. Dezember 2019: Maya Graf eröffnet die 51. Legislatur als Alterspräsidentin. Irène Kälin wird zur zweiten Vize-Präsidentin des Nationalrats gewählt.

7. Dezember 2019: Die Grünen beschliessen die Referenden gegen neue Kampffjets und die Schwächung des Zivildienstes.

11. Dezember 2019: Bundesratswahlen: Die Grünen treten mit Regula Rytz an. Der Anspruch der Grünen ist unbestritten. Die Bundesversammlung wahrt aber den Besitzstand der etablierten Bundesratsparteien und wählt die bisherigen Mitglieder der Landesregierung.

16. Dezember 2019: Die Fraktion beschliesst die Verteilung der Kommissionsitze ihrer Mitglieder. Im Nationalrat sind die Grünen mit mindestens drei, meistens mit vier Kommissionssitzen vertreten. Bastien

Girod wird Präsident der Umweltkommission, Michael Töngi präsidiert die Verkehrskommission. Neu sind die Grünen auch in allen Kommissionen im Ständerat vertreten.

20. Dezember 2019: Das von den Grünen in Allianz mit der Anti-AKW-Bewegung jahrzehntelang bekämpfte, marode AKW Mühleberg wird abgestellt. Das erste AKW der Schweiz geht damit vom Netz. Die Grünen fordern, dass auch das Uralt-AKW Beznau unverzüglich vom Netz genommen wird und der Bund den Ausbau der erneuerbaren Energien mit einem verbindlichen Atomausstiegsplan fördern soll.

29. Mai 2020: Aline Trede wird zur neuen Fraktionspräsidentin gewählt. Das Vizepräsidium besteht neu aus Greta Gysin, Lisa Mazzone, Fabien Fivaz und Bastien Girod.

20. Juni 2020: Balthasar Glättli wird an einer online-DV (aufgrund der vom Bund verordneten Covid 19-Massnahmen) zum neuen Präsidenten der Partei gewählt. Daneben werden Oleg Gafner, Isabelle Pasquier-Eichenberger, Franziska Ryser und Nicolas Walder neue Vize-Präsident*innen, Florence Brenzikofer und Luzian Franzini werden als Vize-Präsident*innen wiedergewählt.

1. November 2020: Florian Irminger wird neuer Generalsekretär. Er ist der Nachfolger von Regula Tschanz.

2 GESCHICHTE DER GRÜNEN IM PARLAMENT

2.1 WAHLEN UND FRAKTIONSBIILDUNG

Mitglieder der beiden eidgenössischen Räte mit gleicher Parteizugehörigkeit schliessen sich zu Fraktionen zusammen. Um eine Fraktion bilden zu können, sind mindestens fünf Parlamentarier*innen nötig. Stellt eine Gruppierung weniger Abgeordnete, bleiben diese fraktionslos oder schliessen sich einer Fraktion mit ähnlicher politischer Ausrichtung an. Die Fraktionszugehörigkeit ermöglicht den Parlamentarier*innen den Einsitz in den verschiedenen ständigen Kommissionen der beiden eidgenössischen Räte und damit eine vollumfängliche Beteiligung am Gesetzgebungsprozess.

Seit 1979 setzen sich Grüne Parlamentarier*innen im Nationalrat für eine ökologische, soziale und weltoffene Politik ein – für eine zukunftsfähige Schweiz. Die kleine Grüne Gruppe im Bundeshaus blieb vorerst fraktionslos. Nach den erfolgreichen Nationalratswahlen des Jahres 1987 konnte erstmals eine Grüne Fraktion gebildet werden. Nun hielten auch die Grünen Einzug in die ständigen Kommissionen des Nationalrats und konnten damit gleichberechtigt an der gesetzgeberischen Tätigkeit des eidgenössischen Parlaments teilnehmen.

Die Wahlen 1991 brachten der Grünen Fraktion einen weiteren Zuwachs. Dank vier Sitzgewinnen umfasste die Fraktion neu 14 Nationalrät*innen. Vier Jahre später verzeichneten die Grünen dagegen einen Einbruch. Auf Listen der Grünen Partei der Schweiz wurden acht Nationalrät*innen wiedergewählt. Drei weitere Personen erklärten sich bereit, in der Grünen Fraktion mitzuarbeiten, womit die Fraktion wieder auf elf Mitglieder anwuchs. Die Grünen gingen mit der LdU-EVP-Fraktion eine (unverbindliche) Fraktionsverbindung ein, um bei der Verteilung der Kommissionssitze eine bessere Ausgangslage zu haben.

Die Grüne Partei konnte bei den **nationalen Wahlen von 1999** ihre bisherigen neun (8 Grüne Schweiz, 1 Grünes Bündnis Bern) Sitze halten. Durch die Mitarbeit einer weiteren Person wuchs die Grüne Fraktion auf 10 Mitglieder an.

Bei den Wahlen 2003 wurden die Grünen als stärkste Nichtregierungspartei bestätigt und konnten ihre Sitze im Nationalrat um 4 Mandate erhöhen. Der bisherige Wähler*innenanteil von 5% wurde bei den Wahlen 2003 auf 7,4% erhöht. Die Fraktion besteht somit aus dreizehn grünen Nationalrät*innen (sieben Frauen, sechs Männer), sowie zwei weiteren Ratsmitgliedern. Dass den Grünen Gleichstellung schon immer selbstverständlich war, zeigt sich unter anderem auch darin, dass die Grüne Fraktion als einzige Fraktion im Parlament über eine Frauenmehrheit verfügte.

Oktober 2007: Die kontinuierliche Progression der Grünen in den Kantonen und den Gemeinden zwischen 2003 und 2007 wird bestätigt. Mit 9,6% Wähler*innenanteil auf nationaler Ebene (wobei sie nur in 17 Kantonen zur Wahl antraten), haben die Grünen 20 Sitze im Nationalrat erungen (+7) und sind erstmals im Ständerat mit zwei Sitze vertreten. Aufgrund weiterer Zuzüge (je ein Vertreter der CSP und der PdA) setzt sich die grüne Fraktion für die Legislaturperiode 2007-2011 aus 24 Mitgliedern zusammen. Die Parität zwischen Frauen und Männern ist mit zehn Nationalrätinnen, im Vergleich zur letzten Legislaturperiode, nicht ganz erreicht worden.

Bei den Wahlen 2011 verloren die Grünen fünf Sitze im Nationalrat, konnten aber die zwei Ständeratssitze halten. Durch den zusätzlichen Sitzverlust der Vertreter der CSP und der PdA schrumpfte die Fraktion schliesslich auf 17 Sitze. Auch der Frauenanteil wurde durch den Sitzverlust in Mitleidenschaft gezogen: Nur noch sechs Frauen sind in der Fraktion vertreten.

Wahlen 2015: Im Zuge des allgemeinen Rechtsrutsches bei den Parlamentswahlen haben die Grünen erneut Sitze verloren. Im Nationalrat verringerte sich die Sitzzahl um vier auf elf. Verloren ging auch der Grüne Ständeratssitz im Kanton Waadt. Zusammen mit der PdA zählt die neue Fraktion dreizehn Mitglieder. Der Frauenanteil ist gegenüber der vorangegangenen Legislatur markant höher: Die Hälfte der Grünen Fraktionsmitglieder sind Frauen.

Wahlen 2019 (Klimawahljahr): Bereits ein Jahr vor den Wahlen begann die weltweite Klimastreikbewegung, die im historischen Wahlsieg der Grünen am 20. Oktober gipfelte. Die Grünen erreichten einen Wähler*innenanteil von 13,2% und überholten erstmals die CVP, die auf 11,4% Wähler*innenanteil kam. Im Nationalrat erhielten die Grünen 28 Sitze, im Ständerat 5. Zusammen mit einem Vertreter der PdA aus dem Kanton Neuenburg und einer Vertreterin von Ensemble à Gauche / Solidarités aus Genf wuchs die Grünen Fraktion auf 35 Mitglieder an und spielt somit in der Liga der Bundesratsparteien. Allerdings verwehrt die Mehrheit der Bundesversammlung am 11. Dezember 2019 den Grünen den Einzug in die Landesregierung. Mehr als 30% der Wählerinnen und Wähler sind somit nicht im Bundesrat vertreten. Seit der Schaffung der Zauberformel 1959 war die Repräsentativität des Bundesrats noch nicht so tief.

3 KANTONALPARTEIEN DER GRÜNEN

3.1 MITGLIEDER

AG: *1983 Grüne Aargau, Beitritt 1988.

AR: *2005 Grünes Appenzellerland (GRAL), Beitritt 2011.

BE (1): *1983 Freie Liste Bern, Beitritt 1984, ab 1997 Grüne - Freie Liste (GFL), 2006 Zusammenschluss der Grünen Freien Liste mit dem Grünen Bündnis Bern zu den Grünen Kanton Bern.

BE (2): *1976 Demokratische Alternative Bern (DA!), Beitritt 1986, ab 1989 Grüne Partei - DA, 1990 Zusammenschluss mit POCH-Grünen zur Grünen Partei Bern, 1991 Bestätigung der Mitgliedschaft.

BE (3): *1987 Grünes Bündnis Bern, Beitritt 2002, 2006 Zusammenschluss des Grünen

Bündnis Bern mit der Grünen Freien Liste zu den Grünen Kanton Bern.

BL (1): *1979 Grüne Partei Nordwestschweiz, Gründungsmitglied, ab 1985 Grüne Partei BS/BL, ab 1987 Grüne Partei Baselland, 1991 Zusammenschluss mit Grünen Baselland und Grüner Liste Baselland zu Grüne Baselbiet, Beitritt 1991, Auflösung 2000.

BL (2): *1994 Freie Grüne Liste Baselland (FGL) als Abspaltung von den Grünen Baselbiet, Beitritt 1995.

BS (1): *1979 Grüne Partei Nordwestschweiz, Gründungsmitglied, ab 1985 Grüne Partei BS/BL, ab 1987 Grüne Partei Baselstadt, 1988 Zusammenschluss mit Grüner Alternative zur Grünen Partei (GP/GAB),

1991 Zusammenschluss mit Grüne Mitte zur Grünen Partei Basel-Stadt, Beitritt 1991.

BS (2): *1995 Basels starke Alternative BastA!, Beitritt 2004

FR: *1985 Parti écologiste fribourgeois, Beitritt 1987, 1990 Zusammenschluss mit «Ecologie et Solidarité» zu «Grüne & Solidarität» (im Beobachterstatus), Beitritt 1999. Seit Juni 2003 Grüne Freiburg, Les Verts fribourgeois.

GE: *1983 Parti écologiste genevois, Gründungsmitglied, ab 1994 Les Verts - Parti écologiste genevois.

GL: *1987 Glarner Umweltgruppen (GUG), Beitritt 1988, später Umbenennung in Grüne Glarus.

GR: *2007 Verda - Grünes Graubünden, Beitritt 2011.

JU: *1991 Mouvement écologiste jurassien, Beitritt 1993.

LU: *1987 Grünes Bündnis Luzern, Beitritt 1990, ab 2008 Grüne Luzern.

NE: *1971 Mouvement populaire pour l'environnement (MPE), Gründungsmitglied, ab 1984 Les Verts Ecologie et Liberté.

NW: *1982 Demokratisches Nidwalden (DN), Beitritt 2005; ab 2009 Grüne Nidwalden.

OW: *2008 Grüne Obwalden, Auflösung 2009.

SG: *1988 Grünes Bündnis St. Gallen, Beitritt 1991, ab 1993 Grüne Kanton St. Gallen.

SH (1): *1987 Grünes Bündnis Schaffhausen, Auflösung 2004.

SH (2): *2017 Grüne Schaffhausen als Nachfolgerin der 1991 gegründeten und 1995 den Grünen Schweiz beigetretenen Ökoliberalen Bewegung Schaffhausen

(ÖBS; Zusammenschluss von Umweltforum Schaffhausen und Jungliberaler Bewegung Schaffhausen).

SO: *1990 Grüne Kanton Solothurn, Beitritt 1993.

SZ: *1979 Kritisches Forum Ibach, ab 1983 Kritisches Forum Schwyz, Beitritt 1989, Umbenennung in Grüne Kanton Schwyz, Auflösung 1999. Juni 2007 Neugründung Grüne Schwyz. Vollmitglied seit 2012.

TG: *1983 Grüne Partei des Kantons Thurgau, Beitritt 1984.

TI (1): *1984 Movimento ecologista ticinese (MET - I Verdi), Beitritt 1985, Ausschluss 1991.

TI (2): *1990 Movimento dei verdi ticinesi (I Verdi Ticinesi), 1994 Zusammenschluss mit Svolta ecopolitica (SVEPO) und MET - I Verdi zu I Verdi, Beitritt 1994.

UR: *1994 Grüne Bewegung Uri, Beitritt 2008 als Grüne Uri.

VD: *1973 Mouvement pour l'environnement vaudois (MPE), ab 1974 Groupement pour la protection de l'environnement (GPE), Gründungsmitglied, 1997 Zusammenschluss mit ASV - Les Verts alternatifs zu Les Verts - Mouvement écologiste vaudois und Bestätigung der Mitgliedschaft bei den Grünen Schweiz.

VS: Parti écologiste valaisan, Beitritt 2004.

ZG: *2005 Alternative Kanton Zug, Beitritt 2009.

ZH: *1978 Grüne Partei des Kantons Zürich (GPZ), Gründungsmitglied, ab 1994 Grüne Kanton Zürich.

**Gründungsjahr*

4 GRÜNE PERSÖNLICHKEITEN

4.1 PRÄSIDENT*INNEN DER GRÜNEN PARTEI SCHWEIZ

NAME (KANTONALPARTEI)	AMTSANTRITT	RÜCKTRITT
Laurent Rebeaud (GE)	28.05.1983	16.11.1985
Monica Zingg (BE-GFL)	06.11.1985	18.12.1986
Laurent Rebeaud (GE)	17.01.1987	21.03.1987 (interimistisch)
Peter Schmid (TG)	21.03.1987	27.10.1990
Irène Gardiol (VD)	27.10.1990	10.10.1992
Verena Diener (ZH)	10.10.1992	01.07.1995
Hanspeter Thür (AG)	01.07.1995	25.10.1997
Ruedi Baumann (BE-GFL)	25.10.1997	27.10.2001
Ruth Genner (ZH) & Patrice Mugny (GE)	27.10.2001	10.01.2004
Ruth Genner (ZH)	10.01.2004	26.04.2008
Ueli Leuenberger (GE)	26.04.2008	21.04.2012
Regula Rytz (BE) & Adèle Thorens (VD)	21.04.2012	28.01.2016
Regula Rytz (BE)	16.04.2016	20.06.2020
Balthasar Glättli (ZH)	seit 20.06.2020	

4.2 VIZE-PRÄSIDENT*INNEN DER GRÜNEN PARTEI SCHWEIZ

NAME (KANTONALPARTEI)	AMTSANTRITT	RÜCKTRITT
Irène Gardiol (VD)	09.09.1989	27.10.1990
Monika Stocker (ZH)	17.11.1990	31.10.1991
Jean-Paul Berthoud (NE)	03.10.1992	27.08.1994
Luzius Theiler (BE-GPB)	09.09.1989	27.08.1994
Adrian Schmid (LU)	27.08.1994	24.10.1999
Erica Hennequin (JU)	27.08.1994	08.12.2001
Ueli Leuenberger (GE)	10.01.2004	26.04.2008
Franziska Teuscher (BE)	26.04.2008	21.04.2012
Aline Trede (BE)	26.04.2008	21.04.2012
Irène Kälin (JG)	21.04.2012	22.02.2014

Josef Lang (ZG)	21.04.2012	16.04.2016
Robert Cramer (GE)	21.04.2012	16.04.2016
Bastien Girod (ZH)	21.04.2012	05.05.2018
Luca Maggi (JG)	29.03.2014	05.05.2018
Gina Rüetschi (TG)	16.04.2016	05.05.2018
Lisa Mazzone (GE)	16.04.2016	20.06.2020
Gerhard Andrey (FR)	16.04.2016	20.06.2020
Céline Vara (NE)	05.05.2018	20.06.2020
Thomas Schwager (SG)	05.05.2018	20.06.2020
Luzian Franzini (JG, später ZG)	seit 05.05.2018	
Florence Brenzikofer (BL)	seit 05.05.2018	
Oleg Gafner (JG)	seit 20.06.2020	
Isabelle Pasquier Eichenberger (GE)	seit 20.06.2020	
Franziska Ryser (SG)	seit 20.06.2020	
Nicolas Walder (GE)	seit 20.06.2020	

4.3 PRÄSIDENT*INNEN DER GRÜNEN FRAKTION

NAME (KANTONALPARTEI)	AMTSANTRITT	RÜCKTRITT
Laurent Rebeaud (GE)	1988	1989
Rosmarie Bär (BE-GFL)	1990	1991
Hanspeter Thür (AG)	1992	1993
Cécile Bühlmann (LU)	1993	2005
Therese Frösch (BE)	2005	2009
Maya Graf (BL)	2009	2010
Antonio Hodgers (GE)	2010	2013
Balthasar Glättli (ZH)	2013	2020
Aline Trede (BE)	seit 2020	

4.4 VIZE-PRÄSIDENT*INNEN DER GRÜNEN FRAKTION

NAME (KANTONALPARTEI)	AMTSANTRITT	RÜCKTRITT
Rosmarie Bär (BE-GFL)	1988	1989
Laurent Rebeaud (GE)	1990	1991
Cécile Bühlmann (LU)	1992	1993
Hanspeter Thür (AG)	1994	1995
Pia Hollenstein (SG)	1995	2005
Anne-Catherine Menétrey-Savary (VD)	2005	2007
Brigit Wyss (SO)	2007	2011
Luc Recordon (VD)	2007	2015
Yvonne Gilli (SG)	2011	2015
Christine Häsler (BE)	2015	2018
Adèle Thorens (VD)	2015	2020
Aline Trede (BE)	2018	2020
Greta Gysin (TI)	seit 2020	
Lisa Mazzone (GE)	seit 2020	
Fabien Fivaz (FR)	seit 2020	
Bastien Girod (ZH)	seit 2020	

4.5 GENERALSEKRETÄR*INNEN DER GRÜNEN PARTEI SCHWEIZ

NAME	AMTSANTRITT	RÜCKTRITT
Bernhard Pulver	1987	1995
Felix Wirz	1996	2000
Hubert Zurkinden	2000	2009
Yann Golay & Miriam Behrens	2009	2010
Miriam Behrens	2010	2016
Regula Tschanz	2016	2020
Florian Irminger	Seit 2020	

4.6 MITGLIEDER DER GRÜNEN FRAKTION

4.6.1 IM STÄNDERAT

Maya Graf (BL), Nationalrätin 2001-2019, Ständerätin seit 2019
Lisa Mazzone (GE), Nationalrätin 2015-2019, Ständerätin seit 2019
Adèle Thorens (VD), Nationalrätin 2007-2019, Ständerätin seit 2019
Céline Vara (NE), Ständerätin seit 2019
Mathias Zopfi (GL), Ständerat seit 2019

4.6.2 IM NATIONALRAT

Gerhard Andrey (FR), Nationalrat seit 2019
Sibel Arslan (BS), Nationalrätin seit 2015
Christine Badertscher (BE), Nationalrätin seit 2019
Kilian Baumann (BE), Nationalrat seit 2019
Daniel Brélaz (VD), Nationalrat 1979-1989, 2007-2011, seit 2015
Florence Brenzikofer (BL), Nationalrätin seit 2019
Christophe Clivaz (VS), Nationalrat seit 2019
Denis de la Reussille (PdA NE), Nationalrat seit 2015
Kurt Egger (TG), Nationalrat seit 2019
Fabien Fivaz (NE), Nationalrat seit 2019
Bastien Girod (ZH), Nationalrat seit 2007
Balthasar Glättli (ZH), Nationalrat seit 2011
Greta Gysin (TI), Nationalrätin seit 2019
Irène Kälin (AG), Nationalrätin seit 2017
Delphine Klopfenstein Broggini (GE), Nationalrätin seit 2019
Sophie Michaud Gigon (VD), Nationalrätin seit 2019
Isabelle Pasquier-Eichenberger (GE), Nationalrätin seit 2019
Léonore Porchet (VD), Nationalrätin seit 2019
Katharina Prelicz-Huber (ZH), Nationalrätin 2008-2011, seit 2019
Stefania Prezioso Batou (Ensemble à Gauche / Solidarités GE), Nationalrätin seit 2019
Valentine Python (VD), Nationalrätin seit 2019
Franziska Ryser (SG), Nationalrätin seit 2019
Regula Rytz (BE), Nationalrätin seit 2011
Marionna Schlatter (ZH), Nationalrätin seit 2019
Meret Schneider (ZH), Nationalrätin seit 2019
Michael Töngi (LU), Nationalrat seit 2018
Aline Trede (BE), Nationalrätin 2013-2015, seit 2019

Nicolas Walder (GE), Nationalrat seit 2019

Manuela Weichelt (ZG), Nationalrätin seit 2019

Felix Wettstein (SO), Nationalrat seit 2019

Weitere Angaben zu den Mitgliedern der Grünen Fraktion finden sich auf unserer Website unter <https://gruene.ch/gruene-im-bundeshaus>.

4.7 EHEMALIGE STÄNDERÄTE

Luc Recordon (VD) 2007-2015

Robert Cramer (GE) 2007-2019

4.8 EHEMALIGE NATIONALRÄT*INNEN

Arnold Müller (ZH) 1983–1986

Leni Robert (BE) 1983–1986, 1991–1995

Laurent Rebeaud (GE) 1983–1994

Lukas Fierz (BE) 1986–1991

Monika Stocker (ZH) 1987–1991

Rudolf Hafner (BE) 1987–1994

Rosmarie Bär (BE-GFL) 1987–1995

Peter Schmid (TG) 1987–1995

Verena Diener (ZH) 1987–1998

Hanspeter Thür (AG) 1987–1998

Hans Meier (ZH) 1987–1999

Irène Gardiol (VD) 1989–1994

Ruth Gonseth (BL) 1991–2001

Susanne Leutenegger Oberholzer (BL)
1987–1991

Ruedi Baumann (BE) 1991–2003

Cécile Bühlmann (LU) 1991–2006

Marguerite Misteli (SO) 1991–1995

Margrith von Felten (BS) 1991–1999

Fabienne Bugnon (GE) 1994–1995

Roland Ostermann (VD) 1994–1999

Verena Singeisen (BE) 1994–1995

Franziska Teuscher (BE) 1995–2013

Ruth Genner (ZH) 1998–2008

Kathrin Kuhn (AG) 1999–1999

Fernand Cuche (NE) 1999–2005

Anne-Catherine Menétrey-Savary (VD)
1999–2007

Patrice Mugny (GE) 1999–2003

Martin Bäumle (ZH) 2003–2004

Therese Frösch (BE) 2003–2011

Ueli Leuenberger (GE) 2003–2015

Geri Müller (AG) 2003–2015

Luc Recordon (VD) 2003–2015

Daniel Vischer (ZH) 2003–2015

Josef Lang (ZG) 2003–2011

Francine John-Calame (NE) 2005–2015

Urs Bernhardsgrütter (SG) 2006–2007

Marlies Bänziger (ZH) 2007–2011

Yvonne Gilli (SG) 2007–2015

Anita Lachenmeier (BS) 2007–2011

Brigit Wyss (SO) 2007–2011

Antonio Hodgers (GE), 2007–2013

Christian van Singer (VD) 2007–2015

Alec von Graffenried (BE) 2007–2015

Anne Mahrer (GE) 2013–2015

Jonas Fricker (AG), 2015–2017

Christine Häsler (BE), 2015–2018

Louis Schelbert (LU), 2006–2018

4.9 GRÜNE EXEKUTIVMITGLIEDER

4.9.1 GRÜNE IN KANTONALEN EXEKUTIVEN

NAME (KANTONALPARTEI)	AMTSANTRITT	AMTSENDE
Leni Robert (BE)	1986	1990
Benjamin Hofstetter (BE)	1986	1990
Hanspeter Uster (ZG)	1991	2006
Phillippe Biéler (VD)	1994	2003
Verena Diener (ZH)	1995	2007 (2004 zu GLP)
Robert Cramer (GE)	1997	2009
Herbert Bühl	1999	2004
François Marthaler (VD)	2003	2012
Fernand Cuche (NE)	2005	2009
Guy Morin (BS)	2004	2016
David Hiler (GE)	2005	2013
Bernhard Pulver (BE)	2006	2018
Manuela Weichelt (ZG)	2007	2018
Patrick Cotti (ZG)	2007	2010
Susanne Hochuli (AG)	2008	2016
Michèle Künzler (GE)	2009	2013
Martin Graf (ZH)	2011	2015
Isaac Reber (BL)	seit 2011	
Marie Garnier (FR)	2012	2018
Béatrice Métraux (VD)	seit 2012	
Antonio Hodgers (GE)	seit 2013	
Elisabeth Ackermann (BS)	2016	2020
Brigit Wyss (SO)	seit 2017	
Christine Häsler (BE)	seit 2018	
Martin Neukom (ZH)	seit 2019	